

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten frei für Haus monatlich 2,50 Mark; bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3,40 Mark; bei der Post bezahlbar vierteljährlich 12,00 Mark, monatlich 4,00 Mark. / Erhältlich wöchentlich.

Anzeigenpreis: Die Abgabepreise für Anzeigen sind nach dem Raum (für Anzeigen von 10 Zeilen) zu berechnen. Die ersten 10 Zeilen kosten 1,00 Mark, die folgenden 10 Zeilen 0,80 Mark. Bei größeren Anzeigen entsprechend Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags.

Verantwortlicher: Rudolf K. 53, Leipzig.

Telegraphische Anzeiger: / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908.

Nr. 271

Dienstag, den 22. November 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskanzler stimmte der Forderung der Reparationskommission auf Inanspruchnahme ausländischen Kredits zur Deckung der fälligen Reparationsraten zu.

Ministerialdirektor Sachs legte im Reichsrat mit, daß der Reichshaushalt für 1921 einen Fehlbeitrag von 161,6 Milliarden Mark ergäbe.

Die U. S. B. richtete an die Mehrheitssozialisten die Einladung zu gemeinsamer Aktion in den Fragen der Forderung, der Steuern und der Lohnregelung.

Die obersten Instanzen Großbritanniens nahmen die amerikanische Plan vorgeschlagene Beschränkung der Seerüstungen vorbehaltlos an.

Reichstagsauflösung?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es gibt politische Situationen, wo alle Auswege verbaut sind und aus denen dann nur eine Parlamentsauflösung herausführt. Es ist oftmals notwendig, daß ein Staatsmann vorausschauend sich nicht lange mit einem arbeitsunfähigen Parlament abquält, sondern durch eine Befragung der Wähler für seine künftige Politik eine klare Marschlinie schafft. Es gibt bei uns augenblicklich Politiker, die da meinen, die natürlichen Schwierigkeiten in der Steuerfrage und der Finanzreform könnten ebenfalls auf diesem eleganten Wege des Verhauens eines verwickelten Knotens gelöst werden. In Breslau hat selbst der sonst sehr besonnene Reichstagspräsident Lohse mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung gespielt. Es ist notwendig, die gegenwärtige Sachlage einmal kritisch zu überprüfen und die Frage zu untersuchen, ob wirklich irgendwelche Aussicht dafür besteht, daß ein neuer Reichstag nun in der Steuerfrage im Sinn eines radikalen Programms entscheiden würde. Die Sozialdemokratie hofft natürlich, daß ein Wahlkampf, der gegen den Besitz geführt würde, ihr einen großen Erfolg brächte. Aber sie verfährt völlig, daß bei der furchtbaren Finanzlage von heute der Haushalt sich nicht balancieren läßt ohne gleichzeitige starke Inanspruchnahme der indirekten Steuern. Von den Führern der Partei ist das offen anerkannt worden und seit der Erzberger'schen Steuerreform haben die Mehrheitssozialisten unter dem Zwang der Not zahlreiche indirekte Steuern bewilligen müssen. Diese erfolglos und bevorstehenden Bewilligungen würden natürlich dem Radikalismus die erwünschte Gelegenheit geben, ebenso scharf gegen die Sozialisten Front zu machen wie diese gegen den Besitz anführen. Eine solche Erfahrung beweist, daß bei Wahlen um Steuern immer diejenigen Parteien im Vorteil gewesen sind, die sich auf den Standpunkt völliger Negation stellen. Die sozialistischen Pläne können also sehr leicht gründlich zu Wasser werden. Aber wir haben gegenwärtig nicht nur mit der grundsätzlichen Opposition der Unabhängigen und Kommunisten gegen jede indirekte Steuer zu rechnen, sondern es heißt auch, die grundsätzliche Bekämpfung aller Erfüllungspolitik durch die Deutschnationalen in Betracht zu ziehen. Die Rechte würde nicht verfehlen, wie sie das ja jetzt schon in ihrer Presse tut, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie sei lediglich der Mittel der Entente und die sozialistische Steuerpolitik bedeute nur die Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an die kapitalistischen Ententeländer. Was jetzt die deutschnationale Presse sich in dieser Hinsicht bereits leistet, würde natürlich weit in den Schatten gestellt werden, wenn wirklich um die Steuern ein Wahlkampf entbrennen sollte. Aber auch die Kreise des Ausgleichs und der Verständigung würden von der sozialistischen Propaganda in eine Abwehrstellung gedrängt werden. So wie die Sozialdemokratie sich die Erfassung der Sachwerte denkt, geht es einfach nicht. Diese Politik muß den natürlichen Widerstand auch des kleinen Besitzes hervorrufen. Denn mit der Erfassung der vermögensmäßig wenigen großen Unternehmungen ist es nicht getan. Die Finanznot ist so furchtbar, daß dann auch der kleine Besitz geradezu ruiniert angefaßt werden muß. Diese Kreise aber würden dann selbst ebenfalls bei den Parteien der prinzipiellen Verneinung Schutz suchen.

Also: eine Reichstagsauflösung hätte nur Sinn, wenn durch sie zu erhoffen wäre, daß eine starke Mehrheit für eine möglichst radikale Steuerpolitik geschaffen würde. Die Psychologie der Wählerkraft und die starken negativen Kräfte, die die Finanzreform grundsätzlich bekämpfen, zwingen zu der Bemerkung, daß die Verhältnisse in einem neuen Reich-

tag nicht besser, sondern wahrscheinlich ungleich schwieriger gelagert wären. Es ist darum richtiger, den Weg der Verständigung zu suchen und den Appell an die Wähler zu vermeiden. Dabei müßte vor allen Dingen auch einmal eine ruhige Temperatur der sachlichen Aussprache erreicht werden. Wir geben gern zu, daß in dieser Hinsicht auf beiden Seiten gefordert wird. Es war von den Vertretern der Industrie ungeschicklich gehandelt, daß sie die rein wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer privaten Beteiligung der Industrie an den Reichsbahnen in der Form eines politischen Ultimatums lösen wollte. Daraufhin sind die Gewerkschaften mit einem Steuerprogramm gekommen, das in seiner Durchführung das Ende der industriellen Entwicklung und damit der Aufstiegsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft wäre. Die Aktion der Industrie ist augenblicklich noch in Behandlung. Die Industriellen wollen ihre Vorschläge umformen. Die Verhandlungen darüber mit dem Reichskanzler dauern an. Man muß hoffen, daß sich dennoch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber miteinander besprechen und eine Grundlage finden helfen, auf der der Reichstag dann arbeiten kann. Aber die sozialdemokratische Presse sollte doch das Kind nicht mit dem Bad ausschütten wollen. Gewiß hat unsere Industrie Auslandskredit. Bei der katastrophal fallenden Mark sind diese Kredite aber doch für die Befassung der notwendigen Rohstoffe erforderlich, und wenn sie jetzt kritisch und blind an die Entente gegeben werden, womit sollen wir dann Rohstoffe kaufen, um die heimische Arbeiterschaft weiter beschäftigen zu können. Es mag auch sein, daß dieser oder jener Industrielle sich übermäßig gut eingebuddelt hat. Aber die stetig sinkende Mark hat diesen Vorkäuflichen doch schließlich Recht gegeben. Alle diese Fragen sind in ihren großen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen zu sehen, und nicht in den hohen Schlagworten der Tagesagitator. Aus diesem Grund würde auch eine Reichstagsauflösung die Behandlung der Steuerfrage nicht verschärfen, sondern lediglich in einen erbitterten Streit um Schlagworte ausarten lassen.

Danziger Brief.

Danzig, den 19. November 1921.

Dieser Tage hätten wir in Danzig ein Jubiläum begehen, ein Fest feiern können. Aber man feiert nur, wenn man in Stimmung dazu ist, und das sind wir nicht im mindesten angeht das erste Geburtstages der Freien Stadt Danzig, der aus den 15. November fiel. Ein Jahr ist verflohen, seit nach dem Aufheben der Völkerverwaltung die Proklamierung unseres Freistaats stattfand und die Leitung unserer Geschicke in unsere eigene Hände gelegt wurde. Nur mit gemilderten Gefühlen blicken wir auf diesen Gründungstag zurück, weil er uns von neuem und mit besonders schmerzlicher Eindringlichkeit an den 20. Januar des Vorjahres vorangegangenen entsetzlichen Schicksalsschlag der Loslösung von unserem deutschen Vaterlande erinnert. Stumm und still ging der Tag vorüber; nicht das letzte äußere Zeichen an seine historische Bedeutung wurde bemerkbar. Umso stärker aber wurde innerlich in der Brust jedes deutschen Danzigers ohne Unterbrechung des Standes und der Partei das deutsche Gefühl lebendig und die feste Entschlossenheit, am Deutschtum festzuhalten und mit Deutschland, wenn wir es auch außenpolitisch nicht mehr dürfen, kulturell auch weiterhin die innigste Gemeinschaft zu pflegen, was uns auch der dunkle Zeitenlauf noch Schweres bringen mag.

In Deutschland ist vielfach die Meinung verbreitet, es läge den Danzigern doch eigentlich so übel nicht ergehen, da sie an den deutschen Reichshäusern nur bis zum 1. August 1914 teilzunehmen hätten, an den in und nach dem Kriege Deutschland auszubehalten riesenhafte Kriegslasten aber nicht. Das ist durchaus irrig. Der Danziger Freistaat hat aus dem reinen Nichts geschaffen werden müssen. Früher schon immer zu den Zuschlaggehabten, vermehrt es jetzt die ehemaligen Reichs- und Staatsleistungen für die Verwaltung, Justiz, Schule, Arbeitslosenunterstützung usw. umso mehr. Dazu die großen Summen, die der Auf- und Ausbau des jungen Staatswesens verschlang. Mit einem Fehlbetrag von über 70 Millionen schloß der erste unvollständige Haushaltsplan ab. Der Völkerverbund, der den Staat wider den Willen seiner Bewohner ins Leben gerufen, hat ihm zum Leben nichts mitgegeben, sondern Verpfändungen aller Art auferlegt. Als dann die Danziger Vertreter bei der letzten Völkerverbundtagung in Genf von neuem darüber dringende Vorklagen erhoben, bequeme sich der hohe Rat endlich dazu, eine Zulage dahin zu geben, daß die Danziger Finanzen einer Prüfung unterzogen werden sollten, jedoch mit der ausdrücklichen Reserve, daß damit nicht auch zugleich die Verpflichtung finanzieller Hilfe ausgesprochen sei. Diese Prüfung, ist inzwischen an Ort und Stelle geschehen. Ende Oktober traf ein Finanzauschuß bestehend aus dem Franzosen Koenot, dem Belgier Jensen und dem Engländer Abbot hier ein, ließ sich von dem Finanzsenator des näheren informieren, nahm auch Gelegenheit, sich mit anderen wirtschaftspolitischen Instanzen ins Benehmen zu setzen, reiste dann aber bald wieder ab, ohne irgendwie erkennen zu lassen, welchen Eindruck er gewonnen habe, und ob er geneigt sein werde einer finanziellen Hilfsaktion das Wort zu reden. Sie werden lebhaft in der nächsten Sitzung des Völkerverbunds Bericht erstatten und somit ist noch alles in der Schwebe, ob wir von dort etwas zu erwarten haben. Wir wollen ja weiter nichts als eine auswärtige Hilfe. In Erwartung einer solchen und um unsere dringenden Staatsbedürfnisse, für die bisher die

Stadtgemeinde Danzig vorläufigweise hat einspringen müssen, zu befriedigen, ist inzwischen der Ausweg ergriffen worden, in drei Serien Schahenweilungen in Höhe von 200 Millionen mit dreimonatiger Frist auszugeben, wovon die erste Serie auch unverzinst fast in Danzig allein gedeckelt ist. So hoffen wir uns durchsetzen zu können, bis der Markt für eine festverzinstliche Staatsanleihe reif geworden ist.

Auch sonst werden wir genau wie Deutschland von wirtschaftlichen Nöten aller Art heimgesucht. Wir haben, was in Deutschland gleichfalls vielfach unbekannt ist, deutsche Währung. Der katastrophale Sturz der Mark hat bei uns dieselben Folgen gezeitigt, nur schlimmer noch, als in vielen Großstädten des Reichs. Unstetige Kaufkraft der Einheimischen, verstärktes Einströmen durch die hier zahlreich verkehrenden Fremden und valutastarken Ländern, die mit den Kriegs- und Handelschiffen auf- und abfluten, dazu noch gefährlich gesteigerter Käuferandrang aus dem angrenzenden Vorpommern mit seiner plötzlich um das Dreifache gestiegenen Polenmark, haben die Vorräte fluchtartig dezimiert und eine stärkere Preissteigerung gezeitigt als anderswo. Die Preissteigerung aller und jeder Lebensbedürfnisse erhielt außerdem dadurch einen besonderen Anstoß, daß die am 1. Januar 1922 in Kraft tretende polnisch-danziger Zollunion ihre Schatten vorauswirft und die Zollaufgaben auf Waren aus Deutschland, die dann einleiten, schon jetzt vielfach vorweg eskontiert werden. Dazu kommt die Sorge um die Kohle, die bei uns bisher schon erheblich teurer waren als in Deutschland, seitdem unsere Befestigung von dort nur noch einen Teil unseres Bedarfs deckt und wir in erheblichem Maße auf den Bezug der kostspieligen auswärtigen Kohle angewiesen sind. Wir sind deshalb in erster Linie mit an den deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien interessiert, bei denen die Bestimmungen über die Kohlenausfuhr eine Hauptrolle spielen, und der Senat hat an die polnische Regierung das Eruchen gerichtet, nicht nur bei diesen Verhandlungen auf die besonderen Interessen Danzigs Rücksicht zu nehmen, sondern auch einen Vertreter Danzigs zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Mühen auch auf deutscher Seite dabei die Bedürfnisse Danzigs, des deutschen Danzigs wohlwollendes Verständnis und Förderung finden.

C. W.

Kleine politische Meldungen.

Die Umwidmung der Reichseisenbahn. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bereitet eine Denkschrift über die Umwidmung der verkehrswirtschaftlichen Reichsbetriebe vor, die gleichzeitig mit einem Pläne des Industrieverbandes eine Grundfrage für die Verhandlungen bilden soll, welche zwischen den Gewerkschaften und der Industrie wieder aufgenommen werden.

Frankreichs Widerstand gegen eine Revision der Zahlungsbedingungen. Der Figaro spricht mit Unruhe von der Absicht der englischen Regierung, eine Revision der Zahlungsbedingungen vorzunehmen. Das Blatt schreibt: In diesem Falle wäre Frankreich gezwungen, allein zu handeln. Frankreich sei dazu in der Lage und es scheine, daß auch die Amerikaner es nicht schlecht finden würden (!), wenn Frankreich Vorklagen am Rheine treffe, falls kein Vorgehen der Aufgabe diene, den Frieden in Europa zu befestigen.

Gesandte zu Stinnes' Londoner Reise. Zu der Londoner Reise von Hugo Stinnes behauptet das Echo de Paris, er werde versuchen die Zustimmung der englischen Finanzleute zu einem Pläne zu erlangen, der nicht die Durchführung, sondern eine Revision des Friedensvertrages zur Folge haben würde. Er rechne damit, daß sich die Wirtschaftskreise Großbritanniens verfahren lassen werden, und daß Deutschland und auch die englische Regierung keinen Widerstand leisten werden.

Kollet in den Deutschen Werken. Die Deutschen Werke in Spandau und Havelhorst wurden gestern vormittags vom General Kollet besichtigt. Kollet befand sich in Begleitung seines Stabes. Von den Werken waren die Betriebsleiter sowie ein Mitglied des Zentralbetriebsrates zugegen. Dem General wurde Gelegenheit gegeben, sich zu überzeugen, daß die von den Werken erhobenen Beschwerden zu Recht bestehen. General Kollet erklärte, daß er persönlich keine Entscheidung treffen könne, sondern daß nur der Völkerverbund in Paris zu der Entscheidung ermächtigt sei.

Das selbstverleumdende Deutschland. Wie der Matin meldet, ist durch die Völkerverbundkonferenz bereits vor acht Tagen eine allgemeine Durchsicht der deutschen Produktionsanlagen angeordnet worden. Diese Durchsichtungen seien zunächst in vollem Gange und sollen in Zukunft in jedem Vierteljahr wiederholt werden. Der Matin meldet weiter aus Berlin, der Interalliierten Ueberwachungskommission gehen täglich Hunderte von Anzeigen aus deutschen Fabriken zu über angebliche Verletzung des Versailler Vertrages durch die deutsche Industrie.

Von Stadt und Land.

Auer, 22. November 1921.

Volkshochschule Auer.

Rückblick und Ausblick von Dr. Siegfried Sieber. Das geistige und künstlerische Leben unserer Stadt Auer ist in den letzten Jahren erfreulich blühend und vielseitig geworden. Wir haben gute Theateraufführungen und Musikaufführungen, wertvolle Vortragsabende und Ausbildungskurse, ja als Zukunftsbild zeigt sich sogar ein Museum am Horizont. Unter diesen Kulturleistungen hat die Volkshochschule Auer einen höchst erfreulichen Ausschlag genommen. Sie steht jetzt im dritten Jahre ihrer Arbeit und blickt bereits zurück über stetig gedehnte Kurse und vielerlei sonstige Veranstaltungen. Gegenwärtig finden 17 Kurse statt, von denen einer so stark besucht ist, daß er geteilt werden mußte, während bei sechs anderen die Hörerzahlen zwischen 150 und 60 schwanken. Im ganzen wird die Volkshochschule Auer